

Pressemitteilung

Zaghafte Schritte: Pflegepolitik weiterhin auf Kosten pflegender Familien

Berlin, 26. Mai 2023: Der Bundesverband wir pflegen e.V. begrüßt erste zaghafte Schritte des Pflegeunterstützungs- und entlastungsgesetzes (PUEG) zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger.

1 / 2

„Wir begrüßen es, dass die Koalition den zuvor gestrichenen Gemeinsamen Jahresbetrag wieder aufgenommen hat. Die Zusammenführung von Kurzzeit- und Verhinderungspflege in einem Budget ist ein erster Beitrag zum von pflegenden Angehörigen schon lange geforderten Bürokratieabbau und zur dringend notwendigen Flexibilisierung der Leistungen.

Positiv bewertet wir pflegen, dass die Bundesregierung mit der Einführung dieses Budgets für chronisch kranke und behinderte Kinder zum 1.1.2024 auch den dringenden Unterstützungsbedarf pflegender Eltern erkennt. Auch, dass die bisher einmalige Leistung von 10 Tagen Pflegeauszeit bei kurzzeitiger Arbeitsverhinderung nun auf eine jährlich beantragbare Leistung erweitert wird – mit Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld.

Höchst kritisch ist jedoch, dass alle Maßnahmen des PUEG ausschließlich durch die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung finanziert werden und dass die für 2025 geplante Dynamisierung des Pflegegelds geringer ausfällt, um das Entlastungsbudget zu finanzieren: Das Pflegegeld soll dann um 4,5 statt wie zunächst geplant nochmals um fünf Prozent angehoben werden. Dabei wäre allein beim Pflegegeld eine Steigerung um 20 Prozent zum Ausgleich der Kostensteigerungen seit 2017 nötig gewesen.“ So bewertet Heinrich Stocksclaeder die PUEG-Beschlüsse aus Sicht der Fachkommission Pflegepolitik des Bundesverbands.

Das Ziel, die häusliche Pflege zu stärken und pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen und Pflegepersonen nachhaltig zu entlasten, lässt sich über die viel zu kurz gegriffenen Maßnahmen des Gesetzes nicht erreichen. Dies ist angesichts der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen fatal.

„84 Prozent aller Pflege wird von pflegenden An- und Zugehörigen geleistet. Der Pflegeotstand ist akut, die Betroffenen benötigen heute und morgen weit größere Hilfe, nicht

erst in der nächsten Legislaturperiode. Die häusliche Pflege kann sich nicht von Brosamen vom leeren Tisch einer überfälligen Pflegereform ernähren“, bekräftigt Sebastian Fischer, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes.

„Pflegerinnen und ihren Organisationen fehlt zudem das Verständnis, warum der Bundeskanzler erlaubt, dass das FDP-Finanzministerium den Kurs in der Pflegepolitik bestimmt, die Bedarfe pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen ignoriert, und Vereinbarungen des Koalitionsvertrags und der Bündnispartner SPD und Bündnis 90 / Die Grünen blockiert. Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund.

2 / 2

Dennoch steht unsere Interessenvertretung pflegender An- und Zugehöriger weiterhin allen Dialogen offen gegenüber. Auch wenn der große Wurf einer nachhaltigen Unterstützung und Entlastung der häuslichen Pflege mit dieser Pflegereform wieder gescheitert ist, schulden wir es pflegenden Angehörigen, sie weiterhin intensiv in Selbsthilfeinitiativen und in die Dialoge zur Pflegeplanung einzubinden. Nur wenn ihre Stimme als Wähler und Leistungsträger lauter wird, wächst die Wahrscheinlichkeit wirklicher Reformen,“ ergänzt Fischer.

Pressekontakt

Lisa Thelen, E-Mail: medien@wir-pflegen.net, Mobil: 0174 324 3404

Über wir pflegen e.V.

Der Bundesverband wir pflegen e.V. ist eine Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation für pflegende Angehörige. Der 2008 gegründete Verein setzt sich für nachhaltige Verbesserungen in der häuslichen Pflege ein. Über den Austausch mit anderen Pflegenden ermöglichen wir Angehörigen mehr Anerkennung, Kontakt und Informationen sowie eine Stimme in Politik und Gesellschaft – als gleichberechtigte Partner in der Pflege.

Pflege durch Angehörige

Die ersten Länderauswertungen der Pflegestatistik 2021 belegen, dass pflegende Angehörige ganz oder teilweise an über 80 Prozent aller Pflegeleistungen beteiligt sind. Mit über 7,2 Milliarden Sorge- und Pflegestunden im Jahr 2019 und einer Wertschöpfung von mehr als 90 Milliarden Euro jährlich¹ entlasten pflegende Angehörige das Gesundheitssystem und kompensieren den Pflegenotstand.

¹ [Berechnung auf Basis des AOK Pflege-Reports 2020](#)

